

Der Freisinn

FDP

Nr. 11
November 1981
3. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

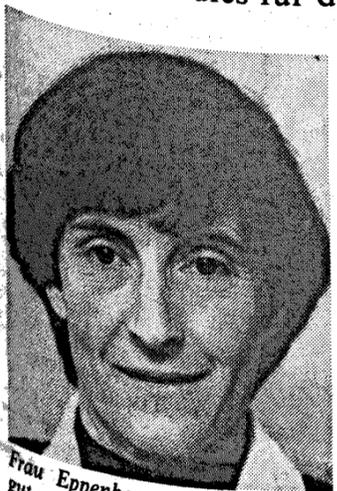
Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Im Gespräch mit Nationalrätin Susi Eppenberger

Ja zum Milizparlament

Seit gut zwei Jahren gehört die St. Galler Nationalrätin Susi Eppenberger den eidgenössischen Räten an. Anlass genug, sie über ihre Erfahrungen und Eindrücke zu befragen. Johannes Rutz, St. Gallen, tat dies für den «Freisinn».



Frau Eppenberger, Sie sind nun gut zwei Jahre Mitglied des Nationalrates. Welches sind Ihre Erfahrungen und Eindrücke als Neu-

Stark geprägt durch effiziente Arbeitsleistung in der Privatwirtschaft, befriedigt mich der Parlamentsbetrieb (parlare heisst reden) nicht immer, besonders wenn Routinearbeit oder Einspardebatten übermässig Zeit beanspruchen. Sich auf das Wesentliche beschränken ist aber in einem Milizparlament leichter gesagt als getan.

Die Arbeit hinter den Kulissen — in Kommissionen und Gruppen — ist viel effizienter und gibt mir auch die Überzeugung, dass gute, zuverlässige Entscheide fallen in Zusammenarbeit mit Experten und Verwaltung.

Wie gross ist die Arbeitsbelastung eines Parlamentariers?
Die zeitliche Belastung für Sessio-

nen und Kommissionen liegt bei $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{4}$ eines Arbeitspensums, Vorbereitungs- und allgemeine politische Arbeit nicht inbegriffen. Es besteht aber die Gefahr, dass sie noch ständig zunimmt, wenn sich nicht endlich bei Verwaltung und Parlament die Einsicht durchzusetzen vermag, dass wir unserer Demokratie einen Bärendienst erweisen, wenn wir alles und jedes durch Reglemente und Gesetze überorganisieren wollen. Ich glaube auch, dass diese Art Einengung der persönlichen Freiheit heute zusammen mit Naturentfremdung und Umweltbelastung die Schweizer stark beschäftigen und vor allem die Jugend in ihrem Freiheitsdrang hemmen.

Wäre es unter diesen geschilderten Verhältnissen nicht angezeigt, in unserem Land ein Berufsparlament einzuführen? Wären damit nicht tragfähigere Entscheide möglich?

Unser Milizparlament ist eine vorzügliche Sache, der wir Sorge tragen müssen und die auch ein Opfer wert ist. Ich glaube nicht, dass Kontrolle und Entscheide tragfähiger würden durch ein Berufsparlament. Anfänglich käme vielleicht eine etwas raschere Gangart in die parlamentarische Tätigkeit, aber der Willkür und der Einseitigkeit würden Tür und Tor geöffnet. Der Parlamentarier würde zu einem gutbezahlten Beamten degradiert und würde als einseitiger Polit-Spezialist den Kontakt mit der Bevölkerung verlieren. Nach anfänglicher Straffung würden auch die Schleusen

der Papierflut wieder von selbst geöffnet. Das Volk aber hätte seinen Einfluss verloren.

Die Verhältnisse und die politische Szene in unserem kleinen Land sind aber nicht so unüberschaubar, dass sich ein so schwerwiegender Verlust rechtfertigen liesse. Bei allseitig gutem Willen ist für die Schweiz das Milizparlament absolut genügend.

Sie sind Präsidentin der Parlamentariergruppe «Schweiz - Dritte Welt». Wie stellen Sie und Ihre Gruppe sich zur Entwicklungshilfe? Die Entwicklungszusammenarbeit, d. h. das Nord-Süd-Problem, wird zusammen mit den Energieproblemen die Riesenaufgabe der Zukunft sein. Von ihr hängt letztlich auch unsere Zukunft ab. Unsere Gruppe «Schweiz - Dritte Welt» will ein Gegengewicht bilden zu teilweiser Linksideologisierung und Befreiungstheorien in der Entwicklungshilfe.

Wo sehen Sie Ihre Hauptaufgaben in den kommenden Jahren im Parlament?

Durch diese Gruppe «Schweiz - Dritte Welt» liegen natürlich meine Interessen bei der Aussenpolitik und der Aussenwirtschaft. Im Zusammenhang mit Landwirtschaft und Bergbevölkerung interessieren mich auch Natur- und Heimatschutz. Darum beschäftigt mich das Problem der Lex Furgler, deren restriktive Anwendung längerfristig für unser Touristikland lebenswichtig sein wird. Ich bin auch in der Kommission zur Revision des Ehe- und Ehegüterrechts. Unser Zivilrecht ist ein geniales Werk; dieses zu ändern und auf Partnerschaft zu trimmen ist eine faszinierende, aber sehr schwierige Aufgabe, die uns durch die neue Verfassungsänderung «Gleiche Rechte für Mann und Frau» auferlegt wurde. Sie wird uns noch Jahre beschäftigen — hier die «massvollen» Anliegen einer verheirateten Frau, des Gewerbes und der Landwirtschaft einzubringen wird mir ein Anliegen sein.

Der 29. November
und die Sanierung der Bundesfinanzen

Kein Markstein, aber doch ein unerlässliches Wegzeichen

Einmal mehr sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufgerufen, zu einer Bundesfinanzvorlage Stellung zu nehmen. Am 29. November haben sie über die Weiterführung der leicht modifizierten geltenden Ordnung zu befinden. Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär der FDP der Schweiz, erläutert kurz den Inhalt des Geschäftes und skizziert die weiteren finanzpolitischen Absichten der Partei.

Die zur Debatte stehende Vorlage bringt keine wesentlichen Neuerungen: Den etwas erhöhten Ansätzen der Warenumsatzsteuer stehen namhafte Entlastungen bei der direkten Bundessteuer, der Wehrsteuer, gegenüber. Gesamthaft resultieren jedoch für den Bund Mehreinnahmen von rund 300 Mio. Franken, von denen der Steuerzahler 200 Mio. Franken zu tragen hat, während 100 Mio. Franken zulasten der Kantonsanteile gehen.

Was bringt die Vorlage?

Die geltende Ordnung ist bis Ende 1982 befristet. Nachdem die Stimmberechtigten zweimal den Übergang zur Mehrwertsteuer abgelehnt haben, drängt sich eine Verlängerung der gültigen Regelung auf, um dem Bund auch für die Zukunft seine beiden Haupteinnahmequellen zu sichern, die ihm mehr als die Hälfte aller seiner Einnahmen bringen.

Unsere Partei hat sich mit Vehemenz für eine möglichst unveränderte Verlängerung ausgesprochen. Diesem Begehren ist weitgehend Rechnung getragen worden. Bei der Warenumsatzsteuer werden die Sätze für Detaillieferungen nur von 5,6 auf 6,2 Prozent erhöht, jene für Engroslieferungen von 8,4 auf 9,3 Prozent.

Diese Erhöhungen werden zum Teil kompensiert durch Entlastungen bei der Wehrsteuer, die inskünftig direkte Bundessteuer heissen soll. Angehoben werden vor allem jene Abzüge, welche die Familien begünstigen, so der generelle Abzug für Verheiratete, die Abzüge für die Kinder und der Abzug für die mitverdienende Ehegattin. Zusätzlich werden auf freisinniges Begehren hin zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression Rabatte von den Steuerbeträgen gewährt, welche im Maximum, bei einem Steuerbetrags ab 900 Franken jährlich, 140 Franken ausmachen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist insofern eine erfreuliche Tendenz festzustellen, als die verhältnismässig bescheidenen Mehreinnahmen nicht durch die direkte Bundessteuer, wo Entlastungen vorgeschlagen sind, erzielt werden sollen, sondern durch eine vertretbare Erhöhung

der Sätze bei der indirekten Besteuerung.

Sparen bleibt Dauerauftrag

Die Stimmberechtigten haben in jüngster Vergangenheit mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass sie verstärkte Sparanstrengungen wünschen. Dieser Forderung hat der Bundesrat mit der Vorlage mehrerer Sparpakete Rechnung getragen, die allesamt die Zustimmung der Stimmberechtigten fanden. Auch nach einer Annahme der neuen Finanzordnung wird der Bund weiterhin gezwungen sein, seinen Sparkurs beizubehalten und die Bemühungen um eine Ausgabenstabilisierung weiterzuführen.

Entspricht weitgehend freisinnigen Vorstellungen

Unsere Partei und die FDP-Fraktion der Bundesversammlung haben sich sehr engagiert mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Und wir dürfen heute mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass sie in der Form, wie sie nun zur Abstimmung gelangt, weitgehend freisinnigen Vorstellungen entspricht. Es wurde sowohl den im Vernehmlassungsverfahren wie aber auch in der parlamentarischen Behandlung von freisinniger Seite vorgebrachten Einwänden in weitem Masse Rechnung getragen. Gegenüber den ursprünglichen Absichten des Bun-

Fortsetzung auf Seite 6



Zu einem Grosseinsatz gestaltete sich der traditionelle jährliche Parteitag der Innerschweizer Liberalen, der Freisinnigen aus den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Nid- und Obwalden sowie Zug in Stans. Prominentester Referent war Bundesrat Georges-André Chevallaz. Im weiteren äusserten sich zum Schwerpunktthema «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» Nationalrat Dr. Bruno Hünziker, Nationalrat Kurt Schüle und Kantonsrat Dr. Eric Honegger. Der Nidwaldner Landammann German Murer gab einen historischen Rückblick auf das Stanser Verkommnis. Parteipräsident Yann Richter überbrachte die Grüsse der schweizerischen Partei. Auf unserem Bild v. l. n. r. Parteipräsident Richter, Bundesrat Chevallaz und Hans Reinhard, Präsident der Nidwaldner Liberalen. (Foto Wicki)

Sparen?
Dann zur
SKA.

SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Neuer Präsident der Solothurner FDP

Willy Pfund für Daniel Müller

Die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Solothurn haben einen neuen Präsidenten gewählt: Willy Pfund (Dornach) trat an die Stelle von Daniel Müller (Balsthal).



Der neue Präsident der Solothurner FDP, Kantonsrat Willy Pfund (Dornach).

(kfr.) Der Uebergang signalisiert einen Generationenwechsel in der freisinnigen Kantonalpartei: Ein Nationalrat wird von einem 42jährigen Kantonsrat abgelöst. Pfund gilt als sachlicher Parlamentarier; er geht nicht mit Emotionen, sondern mit klarer Analyse an die Lösung politischer Aufgaben.

Prominente Präsidentenliste

Die Liste der Präsidenten der Solothurner FDP in den letzten 50 Jahren ist ebenso kurz wie prominent: Robert Schöpfer, Paul Haeffelin, Otto Stampfli, Karl Obrecht, Ulrich Luder. Nun wurde ein weiterer Name hinzugefügt: Nationalrat Daniel Müller wünschte nach achtjähriger Tätigkeit als Präsident von der Füh-

rung der Kantonalpartei entlastet zu werden.

Der Vizepräsident, Nationalrat Franz Eng, charakterisierte am Parteitag in Balsthal den scheidenden Parteipräsidenten als Persönlichkeit des Ausgleichs. Müller habe Ausgeglichenheit, Toleranz und Geduld in sich vereinigt, und unter diesen Voraussetzungen habe offen und frisch debattiert werden können. Zudem habe er mit seinem erfolgreichen parlamentarischen Wirken den Freisinn solothurnischer Prägung auch auf schweizerischer Ebene kompetent vertreten. Nationalrat Müller konnte schliesslich die Partei auch in dem «Zustand» übergeben, wie er sie von seinem Vorgänger Ulrich Luder übernommen hatte: In sieben wichtigen Wahlen wurde ein Wähleranteil von 43 Prozent auf kantonaler Ebene und von fast 40 Prozent bei eidgenössischen Wahlen erreicht.

Der neue Mann

Willy Pfund ist kaufmännisch ausgebildet und heute stellvertretender Direktor des Bürgerspitals Basel. Mit ihm kam zum zweitenmal ein Nicht-Städter und erstmals ein Schwarzbube, ein Vertreter der «ennetbirgischen» Minorität, zum Zug. Kantonspräsident Pfund verfügt über eine reiche politische Erfahrung: Gemeinderat in Dornach, seit 1973 Kantonsrat und Mitglied, teils Präsident wichtiger kantonsrätlicher Kommissionen, seit 12 Jahren Präsident der Ortspartei und Vizepräsident der Bezirkspartei.

FDP stärkste Fraktion im Solothurner Verfassungsrat

Auftrag für eine liberale Verfassung

Das Solothurnervolk hat am 25. Oktober mit der Wahl des Verfassungsrates die Richtung bestimmt, in der sich die Arbeiten am neuen Grundgesetz bewegen sollen, und es sprach sich dabei deutlich für die Bevorzugung liberaler Strömungen aus.

(kfr.) Dem am 22. Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentretenden Verfassungsrat gehören 64 Vertreter der Freisinnigen, 47 Abgeordnete der Christlichdemokraten, 31 Sozialdemokraten und 2 Vertreter anderer Gruppierungen an. 13 (davon 6 aus der FDP) der 144 Ratsmitglieder sind Frauen — das sind zwar immer noch zu wenige, aber ihre Wahl bedeutet eine gewisse Korrektur der Ergebnisse der Kantonsratswahlen vom Mai, wo 7 Frauen gewählt wurden.

Freisinnige «insgesamt zufrieden»

Es liegt nahe, dass die Verfassungsratswahlen vor allem mit den Kantonsratswahlen verglichen werden. Die CVP ist mit 47 Mandaten und einem Wähleranteil von 32,2 Prozent noch stärker vertreten als im Kantonsrat, wo sie 30,7 Prozent und 45 Sitze erreichte. Die SP hat mit 31 Abgeordneten noch zwei weniger als im Kantonsrat, und ihr Stimmenanteil fiel von 23,1 auf 21,6 Prozent zurück. Ihr geht die traditionelle Basis auch im Kanton Solothurn immer mehr verloren.

Die Solothurner FDP ist mit dem Ergebnis der Verfassungsratswahl insgesamt zufrieden, wie Parteipräsident Nationalrat Müller ausführte. Sie stellt die stärkste Fraktion und will den ersten Verfassungsratspräsidenten nominie-

ren. Zwar konnte sie ihr Wahlziel von 66 Mandaten nicht ganz erreichen, doch bestätigte die FDP mit einem Stimmenanteil von 42,8 Prozent ihre Vormachtstellung im Kanton. Es ist möglich, dass die Partei noch einmal für den Widerstand «bezahlen» musste, der vor der Grundsatzabstimmung vom 5. April 1981 aus den eigenen Reihen der Totalrevision der Kantonsverfassung erwachsen war, obwohl mit Ständerat Karl Obrecht auch im Kanton Solothurn — nicht nur im Bund — ein Freisinniger wesentlichen Anteil an der Verfassungserneuerung hat.

Am Ende des Wahljahres

Das Solothurner Wahljahr 1981 umfasste insgesamt sechs Urnengänge, davon fünf, an denen Wahlen auf verschiedenen Ebenen stattfanden. Es ist nun mit den Verfassungsratswahlen abgeschlossen worden. Kader und Mitglieder der Partei wurden ausserordentlich beansprucht. Als Lohn steht der Erfolg, den Parteipräsident Müller so würdigte: «Die FDP erlebte eindrücklich, dass sie nach wie vor eine breite Volkspartei ist und deshalb wohl etwas anfälliger, aber auch interessanter und spannender ist. Sie ist eine Partei des ganzen Volkes, und auf diese Basis möchte sie auch in Zukunft nicht verzichten.»

Gibt es den «harmlosen» Sozialismus?

Oder die französischen Erfahrungen

In der französischen Nationalversammlung wurden die Gesetze über die Nationalisierung weiterer Teile der französischen Industrie und Geschäfts(-Banken-)Welt in erster Lesung durchberaten. Man kann nur bedingt sagen, sie seien «durchgepeitscht» worden. Die Regierung des Ministerpräsidenten Mauroy legte mindestens der guten demokratischen Form halber Wert darauf, der Opposition, die jederzeit rasch hätte überstimmt werden können, Gelegenheit zum Einspruch zu geben.

Nicht jedermann aber zeigte sich so «mildtätig» wie der Regierungschef, der, vermutlich im Sinne des Staatspräsidenten Mitterrand, an die Wirtschaft appellierte, jetzt «im nationalen Interesse» und im Rahmen einer «Nationalwirtschaft» zu wirtschaften; innerhalb dieser Grenzen könnten sie Initiative und Kreativität entwickeln — aber weniger zum eigenen Nutzen als zu jenem des Staates. Und zum Nutzen jener, die sich eben anschickten, die Wirtschaft zu nationalisieren und dabei doch das, was die Privatwirtschaft vorzugsweise zu bieten und der Staatswirtschaft voraus hat, vor deren Nachteilen zu «retten». «Dä Feufer und s Weggli» gewissermassen.

Bedrohliche Töne...

Schon im Parlament kamen aus den Rängen bedrohliche Töne, die zum Bemühen Mitterrands und Mauroys, die Privatwirtschaft für die «Nationalwirtschaft» zu gewinnen, nicht so recht passten. Da wurde aus dem gehobenen sozialistischen Fussvolk unverhüllt gedroht nach dem Rezept: «Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.» Das Szenarium für eine Nationalisierung, welche, nach der Absicht der Staatsspitzen, auf Gutwilligkeit ausgerichtet war, lieferte aber der Parteikongress der französischen Sozialisten, der «grossen Sieger» im Wahlkampf vom vergangenen Juni: Da wurden in Valence ganz andere Töne laut, die jedenfalls verrieten, dass die Klassenkampfideologie, welche gerade in Frankreich während Jahrzehnten gepflegt und forciert wurde, nicht unter die Decke einer «gutwilligen» Verstaatlichung zu bannen ist.

Was soll man da sagen, wenn ein Politiker wie der frühere Bürgermeister von Marseille, der

heute Innenminister ist, Defferre, die Bankiers anschnauzt: «Ihr oder wir — das ist heute die (Macht-)Frage.» Oder wenn ein sehr naher Mitarbeiter Mitterrands ungeniert fordert, es müssten jetzt in der Wirtschaft und in der Verwaltung «Köpfe rollen», und zwar nicht nur in Reden... Oder wenn ein Präsident der Nationalversammlung, der bei uns, sogar wenn er von weit links herkäme, sich in dieser Stellung verbal etwas zurückhalten würde,forsch bekennt: «Jawohl, wir haben eine andere Auffassung vom Machtwechsel. Wenn wir uns durchsetzen, wird es kein Zurück mehr geben. Gewisse Kräfte der Opposition werden dann zerstört sein.»

Es muss ein «Zurück» geben

Natürlich schwingt da französische Rhetorik mit, und es schlägt französisches Revolutions-Jakobinertum durch. Aber man wird sich schon merken müssen, dass es, in Westeuropa, Sozialisten gibt, die sich als Demokraten verstehen, welche gleichzeitig einen «Machtwechsel» als irreversibel anstreben, von dem es kein Zurück gebe. In einer Demokratie müssen «Prozesse» reversibel, und es muss ein «Zurück» denkbar bleiben!

Die französische Entwicklung bestätigt sehr rasch, dass es den «harmlosen» Sozialismus nicht gibt und dass er, wenn er auf Samtpfoten der Gutwilligkeit daherkommt, diese Harmlosigkeit nur vortauschen kann. Wo er sich als «Vollstrecker der Geschichte» vorfindet, versteht er sich als Zwangsvollstrecker im marxistischen Sinne. Und wo er, wie jetzt in Frankreich, an den «nationalen Effort» der Unternehmer und der Wirtschaft appelliert, bekommen diese seine ganze Zwiespältigkeit im Kontor und am Arbeitsplatz hautnah zu spüren: Der Unternehmer wird heute in Frankreich mit der gutwilligen Aufforderung angegangen, mehr Arbeitsplätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen. Gleichzeitig bekommt er den Anspruch des Staates auf mehr Steuern und Abgaben ins Haus geliefert. Auch in dieser Variation wird der Sozialismus scheitern — an seiner inneren Widersprüchlichkeit und an der Art, wie der («Normal»)Mensch auf diese reagiert. E. W.



Grosse Meinungsvielfalt

Umstrittene Revision des Strafgesetzbuches

Die Vorschläge einer Expertenkommission zur Revision des Strafgesetzbuches haben innerhalb der FDP eine lebhaft und engagiert geführte Diskussion ausgelöst. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, gehen die Meinungen zwar auseinander, und die Vorlage ist umstritten, doch wird mehrheitlich einer Anpassung der geltenden Bestimmungen an die veränderten Wertvorstellungen zugestimmt. In ihrer Stellungnahme bringt die Partei zahlreiche Vorbehalte, aber auch Anregungen an.

Die FDP kann der von der Expertenkommission beantragten Ansetzung des Schutzalters auf 14 Jahre nicht folgen. Nach ihrer Ansicht wird sich dieser Punkt wohl auch als Schlüsselbestimmung der Vorlage erweisen, da es sich um die umstrittenste Neuerung handelt. Sie kann sich mit einer Herabsetzung des Schutzalters auf 15 Jahre einverstanden erklären. Sie glaubt, dass dieser Kompromiss bereits für die Beratung der Vorlage in den eidgenössischen Räten erforderlich ist, wäre es doch nach ihrer Auffassung bedauerlich, wenn wegen der Frage des Schutzalters auf den Gesetzesentwurf gar nicht eingetreten würde. Die von ihr vor-

geschlagene Lösung hält sie auch unter referendumpolitischen Gesichtspunkten für nötig und vertretbar. Ferner ist sie der Auffassung, dass nicht nur Inzestverhältnisse mit Kindern, Grosskindern usw., sondern — entgegen dem Entwurf der Expertenkommission — auch solche unter Geschwistern und unter über 18jährigen weiterhin unter Strafe gestellt werden sollten. In Übereinstimmung mit der Expertenkommission beantragt die Partei, die geltende Regelung betreffend gleichgeschlechtliche Handlungen unter Erwachsenen zu streichen, sie aber im Militärstrafgesetzbuch modifiziert beizubehalten. Sie fragt sich allerdings, ob nicht unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie im Militärdienst bestehen, beispielsweise in Internaten, Heimen und Anstalten, auch im bürgerlichen Strafgesetz ein gewisser strafrechtlicher Schutz gegen homosexuelle Ansinnen am Platz wäre.

Bezüglich der Neufassung der Pornographiebestimmungen kann sich die Partei mit den Anträgen der Expertenkommission weitgehend einverstanden erklären. Zustimmung findet auch die Neufassung zu den Bestimmungen über die Prostitution.

Terminkalender

Januar		
Do, 21.	Presseverband Mitgliederversammlung	
Mo, 25.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Mo, 25. bis Fr, 29.	a. o. Session eidg. Räte	
Februar		
Fr, 5.	Delegiertenrat (nachmittags)	
Sa, 6.	a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)	
Fr, 19.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Sa, 20.	Fraktionssitzung	
Fr, 26./Sa, 27.	Reservedatum	
März		
Mo, 1. bis Fr, 19.	Session eidg. Räte	
Mo, 1.	Fraktionsvorstand	
Di, 2.	Fraktionssitzung	
So, 7.	keine eidg. Volksabstimmung	
Di, 9.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Do, 18.	Geschäftsleitung	
Fr, 19.	Delegiertenrat (10.00)	
Mo, 22./Di, 23.	Presseverband Generalversammlung	
Do, 30. bis Do, 6. 4.	USA-Reise, organisiert durch die FDP der Schweiz	
April		
Fr, 16./Sa, 17.	Reservedatum	
Do, 22.	Presseverband Mitgliederversammlung	
Do, 29.	Geschäftsleitung (ca. 16.00) Fraktionsvorstand (ca. 18.00)	
Fr, 30.	Fraktionssitzung (vormittags) Delegiertenrat (nachmittags)	
Fr, 30./Sa, 1. 5.	ordentl. Delgiertenversammlung im Kanton Baselland	
Mai		
Mi, 12.	Delegiertenversammlung SVFF in Genf	
Fr, 14./Sa, 15.	Reservedatum	
Mi, 26.	Geschäftsleitung	
Do, 27.	Fraktionsvorstand	
Fr, 28.	Fraktionssitzung	
Juni		
So, 6.	Eidg. Volksabstimmung	
Mo, 7. bis Fr, 25.	Session eidg. Räte	
Mi, 16.	Fraktionsausflug	
Fr, 25.	Geschäftsleitung Delegiertenrat (nachmittags) Reservedatum	
August		
Do, 19.	Presseverband Mitgliederversammlung	
Fr, 27.	Geschäftsleitung Delegiertenrat (nachmittags)	
Sa, 28.	a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)	
September		
Fr, 3./Sa, 4.	Reservedatum	
Sa, 4.	Arbeitstagung SVFF	
Fr, 10.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Sa, 11.	Fraktionssitzung	
Mo, 20. bis Fr, 8. 10.	Session eidg. Räte	
Mo, 20.	Fraktionsvorstand	
Di, 21.	Fraktionssitzung (N)	
So, 26.	Eidg. Volksabstimmung	
Mo, 27.	Geschäftsleitung	
Di, 28.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Oktober		
Do, 21.	Presseverband. Mitgliederversammlung	
Fr, 22./Sa, 23.	Reservedatum	
Fr, 29.	Geschäftsleitung Delegiertenrat (nachmittags)	
Sa, 30.	a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)	
November		
Di, 9.	Präsidentinnenkonferenz SVFF	
Fr, 12./Sa, 13.	Reservedatum	
Fr, 19.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Sa, 20.	Fraktionssitzung	
Fr, 26.	Geschäftsleitung Delegiertenrat evtl. (nachmittags) Eidg. Volksabstimmung	
So, 28.	Eidg. Volksabstimmung	
Mo, 29. bis Fr, 17. 12.	Session eidg. Räte	
Mo, 29.	Fraktionsvorstand	
Di, 30.	Fraktionssitzung	
Dezember		
Di, 7.	Fraktionsvorstand	
Fr, 10.	Fraktionssitzung Geschäftsleitung Delegiertenrat evtl. (nachmittags)	
Di, 14.	Presseverband Mitgliederversammlung	

Lieber Leser

Die «Fronten» für den nächsten eidgenössischen Urnengang, der auf den 29. November anberaumt wurde und bei dem die Weiterführung der Bundesfinanzordnung zum Entscheid ansteht, sind «begründigt» worden: Auf der befürwortenden Seite stehen die vier Bundesratsparteien CVP, FDP, SP und SVP, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der Schweizerische Bauernverband. Ablehnung beantragen der Landesring sowie die Parteien der extremen Linken. Stimmfreigabe beschloss, obwohl ein einstimmiger Antrag auf Zustimmung durch den Vorstand vorlag, die Schweizerische Gewerkekammer.

Die Delegierten der FDP der Schweiz sprachen sich mit grosser Mehrheit an einer ausserordentlichen Versammlung Ende Oktober in Bern dafür aus, die Ja-Parole auszugeben. Nachdem in den Medien über diese Veranstaltung bereits orientiert wurde, streift «Der Freisinn» dieses Ereignis nur noch mit einem Bildbericht. Die klare Zustimmung zur Vorlage kommentiert der Generalsekretär der Partei, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, der zugleich die finanzpolitische Route nach dem Abstimmungswochenende aus freisinniger Sicht skizziert.

Seine Begrüssungsansprache benutzte an der Delegiertenversammlung Parteipräsident Yann Richter dazu, die Delegierten über die zahlreichen parteiintern hängigen Geschäfte zu orientieren. Ein kurzer Hinweis darauf in dieser Nummer.

Dass die «Rigi-Thesen» eine Diskussion auslösen werden, war zu erwarten (und zu hoffen) gewesen. Dass die Reaktion aber derart lebhaft ist, hat selbst die grössten Optimisten überrascht. Mehrere Kantonalparteien haben bereits Arbeitstagungen über die «Rigi-Thesen» durchgeführt oder solche angekündigt. Der bereits in Auftrag gegebene zweite Nachdruck beweist auch, dass das Echo über die «Engagierten» hinausgeht, was als überaus erfreulich zu werten ist. «Der Freisinn» hat drei Vertretern der Arbeitsgruppe sowie dem Generalsekretär der Partei einige Fragen über deren Erfahrungen bei der Präsentation und Erläuterung der «Rigi-Thesen» gestellt. Sie finden das Ergebnis dieser Umfrage auf Seite 5.

Von zwei Komitees werden gegenwärtig Unterschriften für das Referendum gegen die von den eidgenössischen Räten beschlossene Revision des Strafgesetzbuches gesammelt. Initiatorin eines dieser Komitees ist die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS). «Der Freisinn» hat deshalb diese der FDP nahestehende Organisation gebeten, ihre Beweggründe für diesen Schritt zu schildern.

A. Beusch
Chr. Beusch



JVONTOBEL & CO.
Bankiers
Zürich grosser Postbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812306

Herbst, der Abfall Chinas mit dem Prager Frühling, die erfolglose Invasion Afghanistans mit dem polnischen Sommer 1980 in Verbindung gebracht werden. Aber erst, wenn dazu eine westliche Stärke gegeben ist, haben solche Versuche Erfolgsaussichten. Der Abfall Titos wäre ohne das Hilfsprogramm von Präsident Truman, ohne die Stärkung der griechischen Demokraten im Bürgerkrieg, ohne das Scheitern des Berliner Boykotts dank amerikanischem Einsatz wohl nicht möglich gewesen.

Wer weiss, ob die sowjetischen Truppen am 4. November 1956 in Ungarn einmarschiert wären, wenn der Westen durch Einigkeit Stärke bekundet hätte? Wer weiss, ob sich die polnischen Arbeiter nicht durchzusetzen vermöchten, wenn Westeuropa sich endlich zu einer aussenpolitischen Einheit fände?

Eidgenössische Volksabstimmungen 1982

Von den vom Bundesrat bereits vor einiger Zeit traditionsgemäss vorangekündigten Abstimmungsdaten für das kommende Jahr wird der erste Termin, der 7. März, nicht benötigt, da keine abstimmungsreifen Geschäfte vorliegen. Bereits festgelegt wurde, dass am 6. Juni über das Ausländergesetz abgestimmt ist, nachdem dagegen das Referendum erfolgreich ergriffen wurde. Ob am gleichen Wochenende noch andere Entscheide anhängig sein werden, ist noch offen. Die weiteren Blanko-Abstimmungsdaten für 1982: 26. September und 28. November.

25 Jahre danach

Konsequenzen aus dem ungarischen Freiheitskampf

Ende Oktober konnte ein Jahrestag gefeiert werden: 25 Jahre nach dem (erfolglosen) ungarischen Freiheitskampf. In den Medien ist dieses Ereignis zumeist aus historischer Sicht gewürdigt worden. «Der Freisinn» hat den Leiter des Schweizerischen Ost-Institutes, den anerkannten Ost-Experten Dr. Peter Sager, gebeten, kurz die Konsequenzen des Ungarn-Aufstandes und die inzwischen eingetretene Entwicklung aufzuzeichnen:

Der ungarische Freiheitskampf, der 1956 weltweite Beachtung fand, gehört ein Vierteljahrhundert später der Geschichte an: knapp die Hälfte der heutigen Menschheit hat ihn nicht bewusst miterlebt und mitempfunden. Bedeutsame Ereignisse bleiben jedoch wirksam über ihre Zeit hinaus, so in besonderem Masse auch dieser Freiheitskampf.

Er war nicht der erste und blieb nicht der letzte Versuch osteuropäischer Völker, etwas mehr Distanz zu Moskau zu nehmen, um etwas mehr Freiheit zu gewinnen. Ihm voraus gingen der Abfall Titos 1948 und der ostdeutsche Aufstand vom Juni 1953; ihm folgten der Prager Frühling 1968 und die polnische Entwicklung seit dem August 1980.

Der ungarische Freiheitskampf war jedoch der erste, hinter den sich sofort und spontan eine Volksmehrheit scharte. Ihr Ziel war es, sich aus der Fremdbestimmung zu lösen, um die Selbstbestimmung zu verwirklichen. Und sie war bereit, dafür zu kämpfen. Sogar unter grossen Opfern.

Die tatsächlichen Wünsche

Ungarn hat sich innerhalb weniger Tage nach dem denkwürdigen 23. Oktober 1956 zur Neutralität bekannt, darum die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt aufgekündigt, das Mehrparteiensystem eingeführt und die Zensur abgeschafft. Das hat sichtbar gemacht, was die tatsächlichen Wünsche der osteuropäischen Völker sind.

Am 4. November marschierten die sowjetischen Truppen ein und brachen damit Verträge und Versprechen. Ungarn hat so auch sichtbar gemacht, welcher ungehemmten Machtpolitik die Sowjetunion fähig ist. Das Wissen um das sowjetische Verhalten ist durch Ungarn um eine wichtige Dimension erweitert worden.

Es besteht wohl kein Zweifel, dass die Polen den ungarischen Freiheitskampf studiert und die Lehren daraus sorgfältig gezogen haben. Sie verfolgen deshalb auf geschickte Weise eine Politik der kleinen Schritte: die führende Rolle der Partei wird nicht bestritten, jedoch durch eine unabhängige Gewerkschaft eingeschränkt; die Zensur wird begrenzt, aber nicht aufgehoben; der Staat verbleibt im Warschauer Pakt, ist jedoch auf Beziehungen zum Westen weiterhin angewiesen.

Ungarn-Aufstand: Ein Meilenstein

Niemand weiss heute schon, ob und welcher Erfolg dem erneuten polnischen Anlauf beschieden sein wird. Sicher aber hat dieser

Versuch grössere Chancen, weil ihm andere Versuche vorangegangen sind. Der ungarische Freiheitskampf ist einer der wichtigen Meilensteine auf dem Weg der Befreiung.

Der Weg ist lang und opfervoll. Er enthält für die Völker der freien Welt die Lehre, dass es billiger und einfacher ist, die Freiheit zu bewahren, statt sie zurückerobern zu müssen. Daraus ergeben sich Konsequenzen, die wir zu ziehen hätten.

Die geschichtliche Untersuchung erweist, dass die Versuche, etwas Distanz zur UdSSR zu gewinnen, durch eine Führungsschwäche in Moskau ausgelöst werden. So können der Tod Stalins mit dem ostdeutschen Aufstand, die Stalin-Kritik Chruschtschews mit dem ungarischen

Beschluss der JBS

Liberaler Rechtsstaat: Ja Revision Strafgesetzbuch: Nein

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) hat an ihrem Kongress von Ende Oktober beschlossen, das Referendum gegen die Revision des Strafgesetzbuches zu ergreifen. Dem von der JBS gegründeten bürgerlichen Referendumskomitee ist die Junge SVP der Schweiz als weitere gesamtschweizerische Organisation beigetreten. Pierre de Raemy orientiert:

Die Hauptkritik unseres Komitees richtet sich gegen den neuen Artikel 260bis, der die Vorbereitungshandlungen gewisser schwerer Gewaltdelikte unter Strafe stellt. Dies ist ein Einbruch in die bisherige Strafrechtspraxis, welche die Strafbarkeit erst beim unvollendeten Versuch beginnen lässt. Wo liegt nun aber die Problematik dieses Artikels?

Bundesrat dagegen!

In seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte hat der Bundesrat die kritischen Vernehmlassungen folgendermassen zusammengefasst: «Wenn bereits kriminelle Absichten mit hohen Strafen bedroht würden, wo doch die Hemmschwelle zur eigentlichen Tat noch nicht erreicht sei, so wirke dies nicht abschreckend, im Gegenteil, Unentschlossene würden dadurch eher noch veranlasst, ihre Absichten in die Tat umzusetzen.»

Der Bundesrat — im Gegensatz zu den eidgenössischen Räten — hat die rechtsstaatlichen Bedenken berücksichtigt und auf diesen Artikel verzichtet! Mit der Vorverlegung der Strafbarkeit werden auch die Eingriffsbefugnisse der Polizei verzerren. Doch wer entscheidet, wann und warum jemand als verdächtig zu gelten hat? Und dies erst noch in einem Vorbereitungsstadium, wo alltägliche Handlungen objektiv von strafbaren Vorbereitungshandlungen nicht unterscheidbar sind. Mangels objektiver Kriterien werden subjektive Elemente des Verdächtigen ausschlaggebend — womit wir uns bereits in einem Gesinnungsstrafrecht befinden, einer Strafrechtsidee, die der liberale Rechtsstaat seit Jahren überwunden zu haben glaubte. Das Parlament erreicht mit seinen vorgeschlagenen Neuerungen nicht das erklärte Ziel eines verstärkten Rechtsschutzes, sondern eine unhaltbare Rechtsunsicherheit, ein Zustand, in dem keine Garantie gegen eine missbräuchliche Anwendung der Polizei- und Staatsmacht existiert!

«Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» ist ein freisinniges Motto, das wir konkretisiert haben: Liberaler Rechtsstaat Ja — Revision Strafgesetzbuch Nein!

Das Referendumskomitee, und speziell die JBS, hofft auf eine aktive Unterstützung ihres Referendums durch die FDP. Für Referendumsbogen und andere Unterlagen schreiben Sie bitte an: Bürgerliches Komitee gegen die StGB-Revision, Postfach 1664, 3001 Bern.

Abstimmungsempfehlung der FDP der Schweiz für die Volksabstimmung vom 29. November

Weiterführung der Bundesfinanzordnung

JA

Fragwürdige Prioritätenordnung

Die FDP zum Zwischenbericht über die Regierungsrichtlinien

Dem Zwischenbericht des Bundesrates über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1979-83 steht die FDP sehr skeptisch gegenüber. Einerseits erfährt das Programm für die zweite Hälfte der Legislatur im Vergleich zu den Regierungsrichtlinien eine quantitative Ausweitung, die im Widerspruch zum Begehren nach einer Konzentration der Kräfte steht. Gleichzeitig wird andererseits eine relativ optimistische finanzpolitische Beurteilung angestellt, die in Anbetracht der herrschenden Teuerung von der FDP nicht geteilt werden kann.

Wenig aussagekräftig ist der Zwischenbericht zur Verkehrs-, Energie- und Medienpolitik, wo zahlreiche Entscheide seit längerer Zeit anhängig sind. Die FDP erwartet, dass die Landesregierung in diesen Bereichen wie aber auch bei der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen bald konkrete Massnahmen ergreift.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes Vorgehen aus steuer- und abstimmungspolitischen Gründen als gefährlich und tritt für ein etappenweises Vorgehen ein. Ueberrascht ist die Partei im weiteren darüber, dass die fragwürdige Interpretation des Vernehmlassungsergebnisses über eine Totalrevision der Bundesverfassung auch im Zwischenbericht ihren Niederschlag gefunden hat. Sie erwartet, dass die einzelnen Stellungnahmen besser politisch gewichtet werden.

Zustimmen kann die Partei der Ansicht des Bundesrates, wonach die Notwendigkeit und Dringlichkeit weiterer Sanierungsmassnahmen beim Bundeshaushalt gegeben ist. Dabei ist einer weiteren Ausgabenstabilisierung Priorität einzuräumen. Die Partei erwartet deshalb, dass baldmöglichst das von ihr geforderte Anschlussprogramm zum letzten, vom Souverän gutgeheissenen Sparpaket vorgelegt und auch das längst angekündigte, ebenfalls von ihr angebehrte Subventionsgesetz präsentiert wird. Die FDP ist sich bewusst, dass dem Bund auch einnahmenseitig die Grundlagen zu einer dauerhaften Sanierung des Haushaltes zu gewähren sind. Sie erachtet jedoch — und teilt dabei die Meinung des Bundesrates — ein übereiltes

Es gibt nur ein

Möbelzentrum

mit nahezu 400

Service-Stellen

in der ganzen Schweiz.
Qualitätsmöbel-Garantie-Service.



Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Ward, Tel. 01-945 55 81

Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmoli, Tel. 01-211 79 47

Haben Sie Bauland, aber zu wenig Zeit? Dann sollten Sie von unserer Erfahrung in der Projektentwicklung profitieren.

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SCHAFFHAUSERSTR. 372, 8050 ZÜRICH

Lagerhäuser, Verteilzentren, Versandhäuser bekommen Sie von uns schlüsselfertig. Inklusive System-Engineering und Betriebsberatung.

Unsere Betriebsberatung befasst sich mit der Integration des Lagers in den Gesamtbetrieb. Unser System-Engineering umfasst Logistik (der Mensch und die Ware zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort), Lagerorganisation, Lagerbewirtschaftung u.a.m.

Gellinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

GEILINGER

Inserieren bringt Erfolg!

GESUCHT
in der Stadt oder Agglomeration Zürich

BAULAND
für die Erstellung von Ein- oder Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU
Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20 **mathis ag**



SCHULER-WEINE

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN



firestar Brennpaste

NEU

gibt absolute Sicherheit im Rechaud-Brenner und als Anzündmittel

133A

Erhältlich im Haushalt-Fachgeschäft oder Warenhaus.
Bezugsquellennachweis durch Firestar AG, 8360 Eschlikon
Telefon 073 43 12 12

Bundesfinanzordnung Vernünftig und massvoll

Drei Viertel seiner finanziellen Mittel wendet der Bund für AHV und Krankenkassen, Landesverteidigung, Bahnen und Strassen, Bildung und Forschung, Ernährung und Landwirtschaft auf.

Alle diese Aufgaben könnte er nicht mehr erfüllen, nähme man ihm seine zwei wichtigsten Finanzquellen weg: die Warenumsatz- und die direkte Bundessteuer (Wehrsteuer). Beide zusammen machen mehr als die Hälfte der Bundeseinnahmen aus.

Am 29. November sind wir aufgerufen, der Verlängerung dieser beiden Steuern um zwölf Jahre zuzustimmen. Was Bundesrat und Parlament vorlegen, ist vernünftig und massvoll.

Nach den zwei Nein zu Mehrwertsteuer-Vorlagen sind die Konsequenzen gezogen worden. Man hält sich an das Bisherige, das Bewährte - mit geringfügigen Änderungen:

Die Vorlage bringt eine bescheidene Anpassung der Warenumsatzsteuer. Dem stehen höhere Sozialabzüge und ein Rabatt für jedermann bei der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) gegenüber.

Netto schauen für den Bund im Jahr rund 300 Mio. Franken mehr heraus. Das ist bei Ausgaben von fast 19 Milliarden im Jahr und einem Defizit von über einer Milliarde nicht viel. Aber es ist ein vernünftiger und massvoller Schritt. Und er zwingt den Bund auch weiterhin zu sparen.

Am 29. November geht es vorab darum, dem Bund wenigstens die bisherigen Einnahmen zu erhalten, damit er nicht Pleite macht. Deshalb:

Am 29. November Weiterführung der Finanzordnung: JA

Schweiz. Aktionskomitee für die Weiterführung der Bundesfinanzordnung
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Liberaler Partei der Schweiz (LPS)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

Erholung in der Ostschweiz

Ruhe, Entspannung und Erholung im Appenzellerland

- von den Krankenkassen anerkanntes Haus zur Erholung
- ideale Höhenlage (1000 m ü. M.)
- ruhig und sonnig gelegen
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen

Nähere Auskunft: Inserat auf Postkarte geklebt einschicken an:



Kurhaus Beutler
Vogelinslegg 9042 Speicher AR
Tel. 071/94 23 44



Valens

auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.
Das ideale Hotel für erholsame Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorge und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Frau Frehner verlangen)

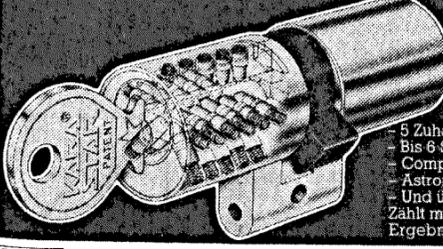
PIZOL

Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter - für Skiferien und Sporttage
Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein
Familie Peter Kirchhof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58



KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungsreihen.
Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstel Millimetern.
Astronomische Schliessvarianten.
Und über 100 Jahre Erfahrung.
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

BAUER KABA AG Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon
Tel. 01/931 61 11
Telex 675481



Seltene Teppiche aus dem Iran

vom Fachgeschäft für handgeknöpte Teppiche

Iran-Teppich Djalali

St. Gallen, Brühlgasse 17,
Telefon (071) 22 32 42

Englisch für den Chef

OEKREAL

Management-Zentrum

Zürich: Schützengasse 4
b Hauptbahnhof beim Bahnhof
8001 Zürich

Winterthur: Stadthausstr. 135
8400 Winterthur

01 211 60 60 052 22 44 45

AMMANN Langenthal

Maschinen für den Strassenbau und Strassenunterhalt



Verkaufsberatung - Kundendienst
Ersatzteillager - Schulung Ihres Personals

AMMANN 4900 Langenthal
☎ 063 29 61 61 ☒ 68 446

Umfrage über erste Reaktionen

«Rigi-Thesen»: Breite und lebhaft Diskussions

Als liberale Partei geht die FDP davon aus, dass die parteipolitischen Grundsätze nie abschliessend verwirklicht werden können, sondern in einer sich verändernden Umwelt immer wieder neu zum Gegenstand politischen Strebens gemacht werden müssen. Das bedeutet aber nicht, wie Parteipräsident Yann Richter unlängst feststellte, «dass wir Bewährtes über Bord werfen». Doch für eine moderne, demokratische und freiheitliche Partei bildet dieser gesellschaftliche Wandel eine ständige Herausforderung. Die FDP habe diese Herausforderung angenommen. «Mit den „Rigi-Thesen“», so der Parteipräsident, «versuchen wir, anstelle einer Politik, die sich nur an den zu lösenden aktuellen und mittelfristigen Problemen orientiert, eine grundsätzliche Politik in den Vordergrund zu stellen.» — Das Anliegen der FDP, Grundwerte zur Diskussion zu stellen und zu erörtern, hat nicht nur innerhalb der Partei ein breites Echo gefunden, sondern auch ausserhalb — und dabei insbesondere in den Massenmedien — starke Beachtung gefunden. Parteiintern stehen die «Rigi-Thesen» gegenwärtig bei den Kantonalpartei in einem Vernehmlassungsverfahren. — Über die Erfahrungen, die Mitglieder der die Thesen ausarbeitenden Arbeitsgruppe an den unzähligen Parteiversammlungen gemacht haben, die sich mit den «Rigi-Thesen» auseinandersetzen, hat «Der Freisinn» eine Umfrage durchgeführt. Um eine Stellungnahme gebeten wurden der Präsident der Arbeitsgruppe, Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel, sowie die Arbeitsgruppenmitglieder Dr. Willi Burkhalter, Bern, und Urs Marti, Solothurn, sowie der Generalsekretär der Partei, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger.

Die «Rigi-Thesen» enthalten drei Teile: Grundsätze des modernen Liberalismus; Sachpolitische Projektionen; Tips für die praktische Politik. Der Grundsatzteil — «Grundsätze des modernen Liberalismus» — soll die Programmthesen «Liberalismus heute» (abgedruckt in den «Zielsetzungen 1979 bis 1983» auf Seite 19), wie sie von der Delegiertenversammlung im Jahre 1973 gutgeheissen wurden, ablösen. Die beiden anderen Kapitel der «Rigi-Thesen» — «Sachpolitische Projektionen» sowie «Tips für praktische Politik» — sollen als Denkanstösse vor allem für die Kantonal- und Ortsparteien wirken. Die Thesen sind in Heft 3/81 der «Politischen Rundschau», der von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift, publiziert worden. In einem Beitrag erläutert zudem der Präsident der vorberatenden Arbeitsgruppe, Nationalrat Dr. Paul Wyss, die Arbeitsweise des Gremiums. Auf die Hintergründe sowie das weitere Vorgehen geht im Editorial der Generalsekretär der Partei, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, ein. Wenn Sie die «Rigi-Thesen» näher kennenlernen wollen, benützen Sie bitte den Bestelltalon.

Bestelltalon für «Rigi-Thesen»

Senden Sie mir... Exemplare der in Nummer 3/81 der «Politischen Rundschau» veröffentlichten «Rigi-Thesen» zu. Den Betrag von 5 Fr. je Heft werde ich nach Erhalt mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

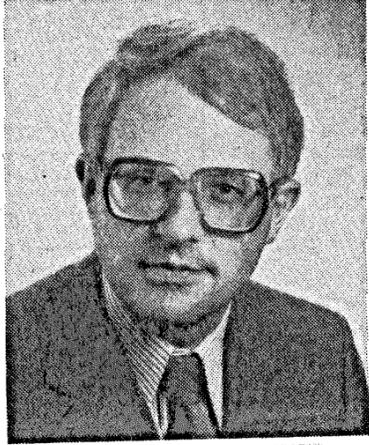
Name _____
 Strasse _____
 PLZ, Wohnort _____
 Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.



Willi Burkhalter



Hans Rudolf Leuenberger



Urs Marti



Paul Wyss

Welche Reaktionen haben die «Rigi-Thesen» aus Ihren Erfahrungen bei den Parteimitgliedern ausgelöst?

Es wird begrüsst, dass Unterlagen für eine grundsatzbezogene Politik ausgearbeitet wurden.

Die «Rigi-Thesen» sind parteiintern eindeutig zu einem Bestseller geworden. Bereits musste diese Schrift zweimal nachgedruckt werden. Entsprechend zahlreich und vielfältig sind die Reaktionen, wobei sich die Parteimitglieder vorerst erfreut über die Tatsache der Publikation zeigen und erst in zweiter Linie kritisch äussern. Das Motto, wonach wir im Freisinn wieder vermehrt über den Freisinn sprechen, im Sinne einer «Offensive für den Liberalismus», ist offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen.

Das Interesse an den «Rigi-Thesen» ist bei den Parteimitgliedern ungemein grösser, als es vergleichsweise bisher für die Parteiprogramme war. Die Leute fühlen sich angesprochen. Die «Rigi-Thesen» entsprechen offensichtlich einem Bedürfnis.

An verschiedenen Versammlungen habe ich festgestellt, dass diejenigen, welche die «Rigi-Thesen» gelesen haben, sehr positiv reagierten. Der erste Teil («Grundsätze des modernen Liberalismus»), der bekanntlich in der parteiinternen Vernehmlassung ist, wird als übersichtlich, sprachlich einfach und verständlich empfunden. Bei den Teilen zwei und drei waren Ausrufe wie «Endlich etwas Neues, etwas Konkretes!» nicht selten zu hören.

Wo liegen die Hauptpunkte der — positiven und negativen — Kritik?

Die Verbindung zwischen Grundsatzteil und sachpolitischem Teil wird hie und da als zu wenig eng bezeichnet. Positiv wird empfunden, dass die Thesen erlauben, ein Problem aus einer liberalen Gesamtschau anzupacken und nicht von einem tagespolitischen Aspekt oder einem Sonderinteresse her.

Die bisherigen Reaktionen widerspiegeln die grosse Bandbreite, die der Freisinn aufweist. Den einen geht z. B. die Formulierung des Bekenntnisses zur Eigentumsförderung zu weit, den anderen ist die Umschreibung der Mitbestimmung zu offen. Der ungleiche Stellenwert der drei Teile der «Rigi-Thesen» wurde nicht überall richtig verstanden. Das klärt sich aber bei der im Gang befindlichen Durchführung der Vernehmlassung zum Grundsatzteil bei den Kantonalparteien.

Positiv aufgenommen wird allgemein der Teil über die sachpolitischen Projektionen. Auf Kritik stösst vor allem die These «Freiheit setzt Eigentum voraus». Erstauen ausgelöst hat die Forderung nach Mitbestimmung auch auf Unternehmensebene. Im übrigen werden etliche Aenderungswünsche an Detailformulierungen geltend gemacht, wie man dies von den Diskussionen über die Parteiprogramme gewohnt ist.

Zum ersten Teil hörte ich oft, vor allem von älteren Parteimitgliedern, dass dieser Teil wenig Neues bringe. Ferner ist erklärt worden, dass insbesondere die Definitionen auch gut und zutreffend seien für andere Parteien. Positiv vermerkt wurden speziell die Abschnitte «Liberalismus und Kultur» sowie «Liberalismus und Technik». Aus Arbeitgeberkreisen sind die Frage des Mitbestimmungsbegriffs sowie die Definition des Eigentums aufgeworfen worden.

Kann der Freisinnige — wie von der vorbereitenden Arbeitsgruppe angestrebt — die Leitgedanken der «Rigi-Thesen» in die Praxis des sachpolitischen Alltags umsetzen?

Ja. Insbesondere eignet sich die «Listen-Methode», wie sie am Beispiel der Medienpolitik (S. 98 ff. deutscher Text) dargelegt wurde, zur schrittweisen Erarbeitung einer sachpolitischen Lösung.

Generell ist zu sagen, dass es nie ganz leicht ist, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Der Versuch, von den sachpolitischen Projektionen ausgehend die Rückkoppelung auf die Grundsatzthesen zu vollziehen, erweist sich aber als sehr praktikabler Weg, um diesen Gegensatz zu überwinden.

Er kann es, wenn man ihm dabei hilft. Die «Rigi-Thesen» hat man nicht intuitiv, wenn man sie einmal gelesen hat. Die Aussagen müssen vom Einzelnen überdacht und gedanklich vertieft werden. Anhand praktischer Beispiele müsste auch noch vermehrt gezeigt werden, was der Einzelne in einem konkreten Sachgebiet mit den «Rigi-Thesen» anfangen kann.

Ich bin überzeugt, dass uns dies gelingen ist, mindestens habe ich keine negativen Reaktionen gehört. Ich möchte hier erneut darauf hinweisen, dass insbesondere der zweite Teil jedes Jahr neu überprüft werden muss, da die Entwicklung — wie bei einer rollenden Planung — immer wieder neu analysiert und beurteilt werden muss.

Hat die in den Thesen angestrebte Rückbesinnung auf liberale Ursprünge in der parteiinternen Diskussion ihren Niederschlag gefunden? Wenn ja, ist das Bedürfnis nach einer Grundsatzsprache auch auf die freisinnige Forderung nach «mehr Freiheit und Selbstverantwortung — und weniger Staat» zurückzuführen?

Zum Teil erliegt man der Gefahr, nur den sachpolitischen Teil zu diskutieren, was dann zur Konfrontation tagespolitischer Anschauungen, nicht aber zur grundsätzlichen Überprüfung liberaler Ansichten führt. Das Bedürfnis nach einer Grundsatzsprache bestand schon vorher, der Slogan mag zusätzliches Interesse geweckt haben.

Die Antworten auf die drei ersten Fragen bestätigen diese Annahme ganz eindeutig. Was die Koppelung mit den Erwartungen im Zusammenhang mit dem Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» betrifft, muss nach dem Stand der Arbeiten der diesbezüglichen Arbeitsgruppe eine positive Korrelation eindeutig bejaht werden. Die Erwartungen und Bedürfnisse aus beider Sicht («Rigi-Thesen», Konkretisierung des erwähnten Slogans) sind eng miteinander verknüpft.

Sicher! Aber dies ist nicht ein Prozess, der sich von heute auf morgen bewerkstelligen lässt. Fällig ist meines Erachtens auch eine nähere Erläuterung, wie die «Rigi-Thesen» mit der Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» in Einklang gebracht werden können.

Das Bedürfnis nach einer Rückbesinnung auf liberale Ursprünge kann eindeutig mit Ja bezeichnet werden. Man will wissen, was Liberalismus in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heisst, was freisinnige Politik bedeutet und wo wir heute stehen. Die Frage nach mehr Freiheit und Selbstverantwortung sowie weniger Staat wird immer wieder diskutiert. Hier ist besonders die Formulierung sehr wichtig, dass wir den Staat brauchen, aber einen besseren Staat wollen.

Welches ist die Reaktion der Parteimitglieder auf die in den «Rigi-Thesen» angebotene neue parteipolitische Standortbestimmung (Seite 102 der «Rigi-Thesen»)?

Die Einsicht, dass das heutige Links-Rechts-Schema überholt ist und die politische Diskussion verfälscht, findet Zustimmung.

Die Reaktionen sind natürlich je nach Grad der Betroffenheit verschieden. Je öfter man mit dieser Darstellung konfrontiert wird, desto offener ist man für die neuartige originelle Betrachtungsweise. Sie eröffnet uns eindeutig neue Dimensionen und gibt uns in der politischen Auseinandersetzung einen klaren Vorsprung.

Die neue Standortbestimmung ist mit Interesse aufgenommen worden. Es wird allerdings nicht leicht sein, vom Links-Rechts-Denkchema, das tief in den Köpfen sitzt, wegzukommen.

Durchwegs gut. Von Kanton zu Kanton sind Akzente zu setzen, da zum Teil parteipolitische Verschiedenheiten von Kanton zu Kanton erkennbar sind. Die Kantonalparteien können auf Grund der «Rigi-Thesen» in einfacher Form ihren Standort den Mitgliedern gegenüber genau definieren. Auch die Check-Liste für anwendbare Kriterien ist auf grosses Interesse gestossen.

Liberales Leute

Vor kurzem konnte ein Unternehmer seltener Prägung seinen 80. Geburtstag feiern. Alt Nationalrat Fritz Maurer, der Begründer der Maloya-Pneu- und -Gummiwerke, gehörte in den 60er Jahren als Baselbieter Vertreter der Volkammer an und widmete sich während Jahrzehnten unzähligen

anderen öffentlichen Aufgaben in seinem Heimatkanton.

In seinem 90. Lebensjahr starb vor kurzem Dr. h. c. Armin Meili, Direktor der Landesausstellung von 1939. Der in Luzern geborene Architekt war Mitglied des Nationalrates als Zürcher Vertreter von 1939 bis 1955.

Den 80. Geburtstag feiern konnten dieser Tage die alt Nationalräte

Giulio Guglielmetti und Urs Dietrich, während alt Ständerat Gabriel Despland dieses Ereignis Anfang Dezember begehen kann.

Der Druckfehlerteufel machte in der letzten «Freisinn»-Nummer aus Nationalrat Kurt Schüle einen Nationalrat Dr. Felix Auer wie folgt kommentierte: Das nächste Mal: Schülerst...

Fortsetzung von Seite 1

desrates ist die vorgesehene massive Erhöhung der Wustsätze, und damit sind — nach unserer Ansicht — günstige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen in der Volksabstimmung geschaffen worden.

Trotz Schönheitsfehler: Ja

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Weiterführung der Bundesfinanzordnung den Schönheitsfehler enthält, dass unserem Postulat auf Ausgleich der Folgen der kalten Progression nicht vollumfänglich Rechnung getragen wurde. Die Fraktion hat deshalb — sowohl im Stände- wie auch im Nationalrat — eine entsprechende Motion eingereicht. Wir hoffen, dass wir mit diesen Begehren erfolgreich sein werden. Nicht zu übersehen ist nämlich, dass in den letzten zehn Jahren dem 1971 erteilten Verfassungsauftrag auf Beseitigung der kalten Progression nicht oder nur unzulänglich und fragmentarisch nachgekommen wurde. Die Verfassungsbestimmung, die keine politische Verhandlungsmarge enthält und deshalb auch nicht kompromissfähig ist, erteilt einen unzweideutigen Auftrag.

Wie weiter nach dem 29. November?

Zur Frage des «Wie weiter?» nach der Volksabstimmung haben wir Freisinnigen uns bereits unmissverständlich geäußert und Prioritäten gesetzt. Vorrang genießen für uns nach einer Annahme der Vorlage die weiteren Bemühungen um eine Ausgabenstabilisierung. Raschmöglichst ist das geforderte Anschlussprogramm zum letzten Sparpaket vorzulegen. Ebenso ist ein Subventionsgesetz zu präsentieren, wie es von freisinniger Seite seit Jahren verlangt wird. Zurückhaltung ist mit neuen Steuern zu üben.

Bei den zahlreich bestehenden Mehreinnahmenplänen kann nur ein Vorgehen in Etappen und kleinen Schritten in Frage kommen, wenn das steuerpolitische Klima nicht unnötig belastet wer-

Laufende Referendumsfristen

Folgende Geschäfte unterstehen gegenwärtig der dreimonatigen Referendumsfrist, die am 18. Januar 1982 abläuft:

- Schweizerisches Strafrechtbuch (Gewaltverbrechen)
- Militärstrafgesetz
- Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung
- Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen
- Bundesgesetz über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten
- Bundesbeschluss über den Beitritt zur Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO)
- Bundesbeschluss über die Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen
- Bundesbeschluss über die Gewährung von Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer (Zollpräferenzbeschluss)
- Bundesbeschluss über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (Übergangsordnung)
- Bundesbeschluss über das Ueberkommen zur Errichtung des gemeinsamen Rohstoff-Fonds
- Bundesbeschluss über das Internationale Naturkauschuk-Uebereinkommen von 1979

Bereits angekündigt wurde die Ergreifung des Referendums gegen die Revision des Strafrechtbuches.

den soll. Wir sind damit einverstanden, dass pendente Steuerprojekte im Rahmen der entsprechenden Gesamtkonzeptionen für Verkehr und Energie weiterdiskutiert und die Frage der Zweckbindung des Treibstoffzolls geklärt und Priorität eingeräumt wird. Auch sind wir bereit, das Begehren nach Einführung einer Autobahnvignette dem Souverän zu unterbreiten, wenn auch in unseren Reihen die Skepsis gegen diese Vorlage überwiegt.

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass eine dauerhafte Gesundung des Bundeshaushaltes mit Sparmassnahmen allein nicht erreicht werden kann. Wenn wir einen gesunden Staat wollen — und das wollen wir Freisinnigen —, müssen wir ihm auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Der 29. November wird nicht zu einem Markstein auf dem Weg zur Sanierung der Bundesfinanzen; er setzt jedoch ein Zeichen.

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delwig

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool · Sauna · Fitness
Grosser Parkplatz

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 — restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Vert. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 84 16 44
(Dienstag geschlossen)

Für ein Schweizerisches Armeemuseum:

General Guisan gab den Anstoss

General Guisan verdanken wir es, dass 1939 wertvolles, altes Material gerade noch rechtzeitig vor der Liquidation gerettet wurde und seither systematisch für ein künftiges Armeemuseum sichergestellt wird.

Wir machen weiter

VESARM hat als privater Verein die Bemühungen um ein Armeemuseum wieder aufgenommen. Bis zur Verwirklichung des lebendigen, informativen und neuartigen Museums bleibt noch viel Arbeit!

Auch Sie

können uns dabei wesentlich helfen! Jedes Mitglied bedeutet eine Stimme für unsere Idee. Ihr Jahresbeitrag von Fr. 10.-- ermöglicht es uns, die Vorarbeiten erfolgreich zu Ende zu führen!

Werden Sie Mitglied!



Verein für die Errichtung eines Schweizerischen Armeemuseums in Bern
Postfach 3368
3000 Bern 7

TALON

- Ich werde Mitglied
- Ich habe Interesse und wünsche weitere Unterlagen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Beruf: _____

PLZ: _____ Ort: _____ evtl. Tel.: _____

Bemerkungen: _____

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

Französisch für den Chef

OEKREAL

Management-Zentrum

Zürich: Winterthur:
Schützengasse 4 Stadthausstr. 135
b. Hauptbahnhof beim Bahnhof
8001 Zürich 8400 Winterthur

01 211 60 60 052 22 44 45

Ein Unternehmen geht dorthin, wohin man es führt. Die Schweizerische Handelszeitung bringt jede Woche Beiträge über Unternehmensführung. Damit Führungskräfte sicher führen.

Ich bestelle die SHZ für 1 Jahr (52 Nummern Fr. 92.--, Ausland Fr. 104.--)

Lassen Sie mich die SHZ kostenlos und unverbindlich während 2 Monaten kennenlernen.

Gewünschtes bitte ankreuzen

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an Schweizerische Handelszeitung
Postfach, 8027 Zürich

SCHWEIZERISCHE Handelszeitung

Spross

Ga-La-Bau
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Zürich 01-35 45 55

Rückblick auf die a. o. DV

Parteipräsident Richter zu «Kaiseraugst»

In seiner Begrüßungsansprache nahm Parteipräsident Richter auch zum bundesrätlichen Kaiseraugst-Entscheid Stellung:

«Vor einem bedeutungsschweren Entscheid stehen die eidgenössischen Räte: Erwartungsgemäss — und nach den bisherigen Stellungnahmen logisch und konsequent — hat der Bundesrat die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst genehmigt. Er hat damit in Nachachtung der Verfassung sowie gestützt auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. Der Beschluss der Landesregierung ist kein definitiver, sondern ein energiepolitisch untermauerter Vorentscheid. Es ist nun an den eidgenössischen Räten, diesen Beschluss in das allgemeine politische Umfeld hineinzustellen. Mit seinem Ja hat der Bundesrat aber auch den Weg zu einer demokratischen Auseinandersetzung geebnet. Ich möchte hier der bestimmten Erwartung und Hoffnung Ausdruck geben, dass die bevorste-



Kompetente Referenten informierten die Delegierten über die finanzielle Situation von Bund (Ständerat Bürgi), Kantonen (der aargauische Finanzdirektor Dr. Kurt Lareida, unser Bild) und Gemeinden (der Stadtpräsident von Lausanne, Paul Martin).

hende Debatte auf einem sachlichen und demokratischen Boden geführt werden kann. Ich appelliere an alle — Befürworter, Gegner, Indifferente —, sich der staatspolitischen Verantwortung bewusst zu sein, die sie tragen. Es geht in dieser Frage nicht nur um ein Ja oder ein Nein zu Kaiseraugst, es geht auch um die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen und damit um das Zusammenleben in unserer föderativen Demokratie.»



Parteipräsident Richter (links) nahm auch zur Kaiseraugst-Frage Stellung. Neben ihm Bundesrat Chevallaz, der Lausanner Stadtpräsident Paul Martin, Nationalrat Pier Felice Barchi, der die Abstimmungsvorlage erläuterte, Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin der Partei, und Fraktionspräsident Nationalrat Dr. Franz Eng.



Engagiert setzte sich in einem Votum Bundesrat Chevallaz für die Weiterführung der Bundesfinanzordnung ein. Unser Bild (v. l. n. r.): Nationalbank-Generaldirektor Dr. Pierre Languetin, der über die aktuelle Währungslage referierte, Ständerat Dr. Paul Bürgi, Bundesrat Dr. Fritz Honegger, Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Bundesrat Georges-André Chevallaz und Parteipräsident Yann Richter.

Es «läuft was»

Seine Begrüßungsansprache benützte Parteipräsident Richter auch dazu, einen kurzen Ueberblick über verschiedene parteiinterne Aktivitäten zu geben. Er verwies dabei insbesondere auf die verschiedenen Arbeitspapiere, die in jüngster Zeit präsentiert wurden oder die gegenwärtig zur Diskussion stehen.

Ich möchte an unseren Bericht für ein realistisches Detailhandelskonzept erinnern, der ein breites Echo in der Öffentlichkeit gefunden hat. Er unterstreicht, dass es uns Freisinnigen nicht gleich sein kann, wie die Feinversorgung unseres Landes in Zukunft sichergestellt werden soll. Wir haben unseren Kantonalparteien vorgeschlagen, den Bericht und insbesondere konkrete Vorschläge in ihrem Kreis zur Diskussion zu stellen und die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen. Mit unseren «Rigi-Thesen», so der Arbeitstitel eines ersten Pro-

grammpapiers, hat die FDP die Neuformulierung ihrer Grundsätze zur Diskussion gestellt. Unsere Partei hat es aus ihrer liberalen Grundhaltung heraus immer wieder verstanden, Menschen aus allen Bevölkerungsschichten um sich zu scharen. Dies war nur möglich, weil wir uns immer konsequent für eine liberale Politik eingesetzt haben, die ihre Ziele und Methoden nicht auf ein utopisches Ziel, sondern auf den Menschen in seiner Unvollkommenheit ausrichtet. Wir Freisinnigen haben nie eine perfekte Gesellschaft perfekter Menschen versprochen, wir haben aber immer versucht, dem Menschen seine Selbstverwirklichung im Sinne des Ideals der freien Persönlichkeit durch die Sicherung und den Ausbau der freiheitlichen Ordnung zu ermöglichen.

Die «Rigi-Thesen» stehen gegenwärtig zur Vernehmlassung in den Kantonalparteien. Es sind uns bereits zahlreiche Reaktionen zugegangen. Wir sind gespannt auf die offiziellen Verlautbarungen der Kantonalparteien. Nach unseren Vorstellungen sollten sich die Dele-

gierten am nächstjährigen ordentlichen Parteitag, der im Kanton Baselland stattfinden wird, abschliessend zum Grundsatzteil der «Rigi-Thesen» äussern, der unser gegenwärtiges Grundsatzprogramm «Liberalismus heute» ablösen soll.

Ein weiterer Bericht ist in der «Pipeline». Der Delegiertenrat der Partei hat sich eingehend mit dem Bericht der Arbeitsgruppe «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» auseinandergesetzt. Die Aussprache über diese wertvolle Studie, die zahlreiche Anregungen enthält und unsere Wahlaussage konkretisiert, wird weitergeführt.

Auf zwei weitere Arbeiten möchte ich hinweisen: Eine kleine Ad-hoc-Gruppe hat sich mit der Frage der Systemmängel bei der Warenumsatzsteuer beschäftigt. Das Gremium wird seine Vorstellungen demnächst präsentieren. Eine weitere Gruppe hat einen Bericht erarbeitet, der Möglichkeiten zu weiteren Sparanstrengungen im Bundeshaushalt aufzeichnet. Auch dieses Dokument hoffen wir demnächst vorlegen zu können.

Exklusiv(r)echte.

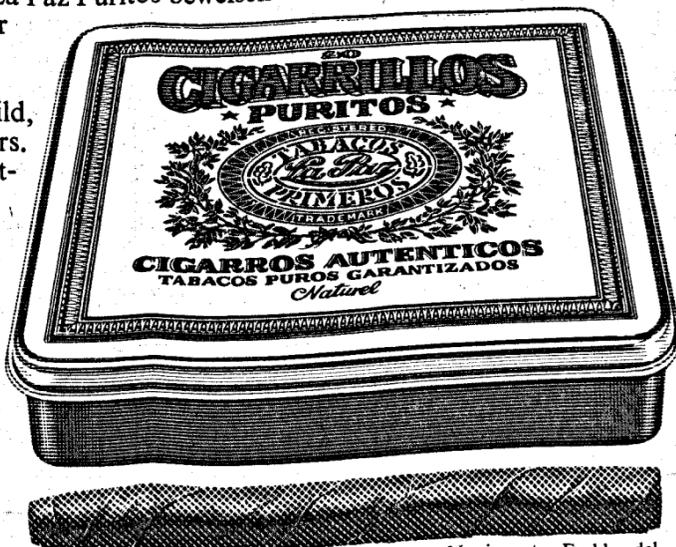
Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks-harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havana, Brasil, Java und Sumatra mélangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzcigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.



Cigarros Autenticos.

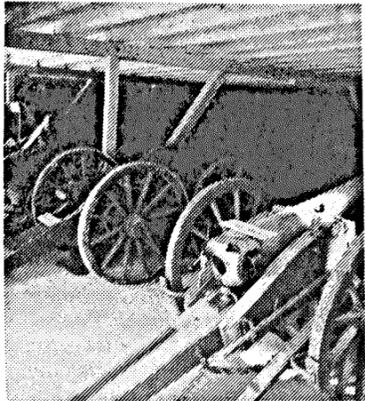


Puritos von La Paz in 20er-Blechk Dosen zu Fr. 8.- Nur im guten Fachhandel.

Tribüne



Eigentlich gar kein Museum: ein Schweizerisches Armeemuseum



Statt versteckt zu verstauben und zu verrotten ins Armeemuseum

Gerade ausländische Besucher erstaunt es immer wieder, dass ausgerechnet unser Land, als praktisch einziges in ganz Europa, über kein Armeemuseum verfügt; keinen Ort, wo die Geschichte der Armee in sinnvollem Zusammenhang mit der Landesgeschichte «begriffen» werden kann.

Lücke schliessen

Seit 1978 bemüht sich ein privater Verein aktiv darum, diese Lücke zu schliessen. Er bezweckt, einen Ort zu schaffen, wo «die Entwicklung des schweizerischen Wehrwesens seit 1815» gezeigt werden kann und «der allen an der Landesverteidigung Interessierten eine Stätte der Begegnung bietet».

Die Zeit scheint günstig! Erstens verzeichnet das Museumswesen weltweit steigendes Publikumsinteresse, zweitens werden neue Museumsformen realisiert,

welche das klassische verstaubte Museum ablösen und es vermehrt als «attraktives Informationszentrum» profilieren. Den Initianten bietet sich damit die Chance, das Thema Armee auf neue Art realitätsbezogen und frei von Glorionschein anzupacken.

Im Vordergrund steht die Aufgabe, in einleuchtenden Bildern den Werdegang und die Gestalt der Schweizer Armee umfassend darzustellen. Damit wird die Gelegenheit geboten, Armee und Selbstbehauptung der Schweiz in einer zusammenhängenden Schau zu erfassen. Daneben erfüllt das Schweizerische Armeemuseum (SALM) zusätzliche Informationsaufgaben, wobei es auch Postulaten verschiedenster politischer Gruppierungen entgegenkommt.

Aktuelle Information

Armee betrifft alle: Jeder Schweizer ist dienstpflichtig, und wesentliche staatliche Gelder fliessen in die Landesverteidigung. Es liegt deshalb nahe, dass der Bürger oft mehr und besser informiert werden möchte: In Fragen der Waffenbeschaffung, militärischen Führung, Dienstverweigerung, Zivildienst usw. kann ein aktives SAM in der Form von temporären Ausstellungen und Dokumentation ein geeignetes Forum stellen. Hier zu verbesserter Transparenz beizutragen, ist dem SAM ein Anliegen.

Das SAM will ein Ort sein, wo sich der Bürger über die Gesamtzusammenhänge von Armee und Gesellschaft, Politik, Wirtschaft usw. ins Bild setzen kann; wo ihm

auch die notwendige Hintergrundinformation zugänglich wird. Dabei ist es unabdingbar, dass neben der Geschichte auch die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart intensiv behandelt werden. Von grosser Bedeutung sind die Zusammenarbeit mit den Schulen aller Stufen sowie die Durchführung von Aussenaktivitäten wie Wander- und Gastausstellungen in Schulen, Kasernen, Fabriken usw.

Diskussion um die Selbstbehauptung

Atomares Overkilling, Abrüstung, Möglichkeiten der Friedenswahrung, militärische Gesamtverteidigung... sind Fragen, die weltweit die Menschen bewegen. Das SAM will mit Information zur Meinungsbildung beitragen und bei der Suche nach Alternativen mitarbeiten. Die Bereitschaft zum Einbezug einer schweizerischen Konfliktforschung sowie die Darstellung der schweizerischen Beiträge zur Friedenserhaltung (wie die Guten Dienste, Neutralität, IKRK) sind erste Schritte dazu.

Ist ein SAM denn nicht eine staatliche Aufgabe? Es befasst sich ja mit der Armee... Wir meinen Nein. Ein SAM, durch eine privatrechtliche Stiftung (der auch der Bund, die Kantone und die Stadt angehören sollen) getragen, bringt die besten Voraussetzungen mit, unvoreingenommen und unabhängig zu arbeiten.

Unser Verein - Vesarm - bereitet die Realisierung des Museums und die Errichtung der Stiftung vor. 1800 Mitglieder tragen heute dazu bei, dass die Vorarbeiten zügig vorankommen. Die Sympathie und das Engagement vieler Schweizer zu gewinnen ist uns eine Voraussetzung zum Erfolg: Jedes neue Mitglied bedeutet eine zusätzliche Stimme für unsere Idee, ist uns Ansporn und Unterstützung zugleich, gibt uns den Schwung, etwas zu machen, an dem alle Freude haben können...

Die im «Tribüne»-Beitrag geäusserte Meinung muss sich nicht mit jener der «Freisinn»-Redaktion decken.

FDP-(Polit-)Reise in die USA:

Politische und wirtschaftliche Informationen aus erster Hand

Nachdem die FDP der Schweiz vor einigen Jahren mit Erfolg eine Reise in die Volksrepublik China organisiert hat, an der zahlreiche Parteimitglieder teilnahmen, ist nun ein Abstecher in die USA beabsichtigt. Allerdings handelt es sich dabei keineswegs um einen der üblichen USA-Trips: Geboten werden Informationen über Politik, Wirtschaft und Kultur aus erster (und prominenter) Hand. Auf dem Programm stehen New York und Washington.

Vorgesehen sind Besuche im Uno-Hauptquartier, bei der Ständigen Vertretung der Schweiz bei der Uno, dem Generalkonsulat der Eidgenossenschaft in New York, der Schweizer Botschaft in Washington, dem US-Parlamentsgebäude und US-Regierungsstellen. Bereits sind Kontakte geknüpft worden, damit kompetente Persönlichkeiten - darunter Vertreter der Demokratischen und der Republikanischen Partei - Informationen aus erster Hand vermitteln und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen werden. Geplant ist auch ein Lunch mit der «Swiss Society» in New York.

Gelegenheit zu Meinungsaustausch

Mit der Information über die Uno an Ort wird einem der Postulate der «Zielsetzungen 79/83» nachgelebt: «Ueber Vor- und Nachteile eines Uno-Beitritts der Schweiz ist mit Blick auf eine Volksabstimmung eine breite Information durchzuführen.» Im weiteren ist beabsichtigt, schweizerischen Behördenvertretern die Gelegenheit zu geben, mit ihren amerikanischen Kollegen (und -innen) einen Gedanken- und Meinungsaustausch zu pflegen. Bei rechtzeitiger Anmeldung können - soweit möglich - konkrete Wünsche entgegengenommen werden.

Vom 30. März bis 6. April
Termin: 30. März (Abflug 12.45 Uhr mit Swissair-Linienflug/Anschlussflug aus Genf) bis 6. April (Ankunft in Zürich 11.05 Uhr mit Swissair-Linienflug/Anschlussflug nach Genf). - Aufenthalt vom 30. März bis 2. April, nachmittags, in New York, anschliessend bis 4. April, nachmittags, in Washington, gleichentags Rückkehr nach New York und am Abend des folgenden Tages (5. April) Rückflug in die Schweiz (Ankunft 6. April).

Kosten: Fr. 1950.- (Preisbasis Ende Oktober 1981) (inbegriffen Zürich/Genf-Swissair-Linienflug Genf-New York-Zürich/Genf, Mittelklass-Hotel in New York und Washington, amerikanisches Frühstück, Bus New York-Washington-New York, verschiedene Besuche, Reiseleitung, Versicherungspaket, Dokumentation, Flughafentransfers in New York).

Interessenten werden gebeten, den Talon baldmöglichst dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, zur Verfügung zu stellen, damit ihnen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können.



Anmeldetalon

Der/Die Unterzeichnende

- meldet sich zur FDP-Reise in die USA mit ... Personen an und wünscht (Preisbasis Ende Oktober 1981)
 - Mittelklass-Hotel 1950 Fr. pro Person
 - Erstklass-Hotel 2040 Fr. pro Person
 - Einzelzimmer (Zuschlag 320 Fr.)
- hat Interesse an der FDP-Reise in die USA mit ... Personen und wünscht ergänzende Unterlagen

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

PS: Die definitiven Anmeldungen werden, da das Platzangebot beschränkt ist, in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Dank Nationalrat Otto Fischer

können wir Ihnen wieder die komplette Serie unserer erfolgreichen Plakate (im Weltformat und im Format A3) anbieten. Der Berner Volksvertreter hatte sich nämlich an der letzten ausserordentlichen Delegiertenversammlung bereit erklärt, die Kosten für den nötig gewordenen Nachdruck des vergriffenen Sujets «Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?» zu übernehmen. Ein Angebot, das Parteipräsident Yann Richter an der Versammlung dankend entgegennahm.

<p>Freiheit ist sinnvoll. Einverstanden?</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wer denkt, wählt. Wählt freisinnig!</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Andere reden. Wir arbeiten.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Weder rot sehen, noch schwarz malen.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
--	--	--	---

<p>Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen!</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Partei nehmen für unsere vernünftige Steuerpolitik. Damit die öffentliche nicht zur hohlen Hand wird.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
---	---	--	--

<p>Farbe bekennen: Weder rot sehen, noch schwarz malen!</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Gerecht handeln: Den Benachteiligten Brücken bauen. Weil es in diesem Land niemandem schlecht gehen soll.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wir stehen auch ein für Recht und Ordnung. Mit Unrecht und Unordnung lässt sich kein Staat machen.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Wir bejahen den Fortschritt und gute Traditionen. Aber wir verneinen üble Gewohnheiten.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>
---	--	---	--

<p>Wir befürworten ebenfalls den Gewinn. Ohne Erträge finanziert niemand den wahren Fortschritt.</p> <p><small>Ideen, Köpfe, beherzte Taten.</small> FDP</p>	<p>Ideen, Köpfe, beherzte Taten. FDP</p>
--	--

Coupon

Bitte einsenden an Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Ich bestelle

- ... Serie(n) Grossplakate (B4, Weltformat) à Fr. 35.-
- ... Serie(n) Kleinplakate (Format A3) à Fr. 14.-

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Unterschrift: _____

BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

&

LONDON

Bank Julius Baer International Limited
 3 Lombard Street, London EC3V 9ER